

Vernichtung zu bewahren und weil die deutsche Geheimdiplomatie versucht habe, amerikanisches Gebiet wegzunehmen. Aber den kommenden Frieden sagte er dann:

Das sehr große Unrecht, das in diesem Kriege begangen wurde, muß natürlich wieder gutgemacht werden. Aber es kann und darf nicht auf Kosten Deutschlands und seiner Verbündeten gutgemacht werden; die Welt wird nicht erlauben, daß bei der Abrechnung ein ähnliches Unrecht zur Vergeltung begangen wird.

Es dürfen nicht Abkommen geschlossen werden, wie auf dem Wiener Kongresse. Die deutschen Herrscher waten nur deshalb ins Land, den Weltfrieden zu brechen, weil es dem deutschen Volke nicht erlaubt war, unter ihrer Vormundschaft an der Kameradschaft der anderen Nationen der Welt teilzunehmen, weder im Geiste noch in der Tat. Es dürfte keine eigene Meinung haben, die als Verhandlungsgrundlage für die Regierenden hätte aufgestellt werden können, aber der Kongress, der diesen Krieg beschließen wird, wird die volle Kraft der Nationen fühlen, die jetzt in den Herzen und Gewissen freier Männer wogen. Seine Beschlüsse werden überall diesen Nationen Rechnung tragen.

Das russische Volk

wurde durch dieselben Falschheiten vergiftet, die das deutsche Volk im dunkeln hielten, und das Gift wurde von denselben Händen eingeführt. Das einzig mögliche Gegengift ist die Wahrheit. Dies kann nicht zu deutlich und zu oft gesagt werden. Deshalb erschien es mir nach jeder Richtung eine Pflicht, diese Erläuterungen meiner Erklärung vom Januar im Senat hinzuzufügen.

Ich sagte im Januar, daß die Völker der Welt nicht nur das Recht auf freie Bewegung, sondern auch auf einen gesicherten unbehinderten Zugang zu diesen Bewegungen haben. Ich dachte damals und denke jetzt nicht nur an die kleineren und schwächeren Nationen, die unsere Unterstützung brauchen, sondern auch an die großen und mächtigen Nationen und sowohl an unsere jetzigen Feinde als auch an unsere jetzigen Verbündeten im Krieg.

Ich dachte und denke noch an Österreich-Ungarn ebenso wie an Serbien und Polen, Gerechtigkeit und Gleichheit der Rechte kann nur zu hohem Preise erlangt werden. Wir trachten danach, dauernde, nicht vorübergehende Grundlagen für den Weltfrieden zu schaffen und müssen sie ehrlich und furchtlos suchen. Wie immer wird sich auch hier herausstellen, daß das Recht die beste Zukunft ist.

Italiens Niederlage — eine Propagandawirkung!

Der Mangel an eigenen Siegen läßt der Entente die Mühe, sich in den originellsten Erklärungen der deutschen Siege zu ergehen. Mit welchen Mitteln diese Erklärungen der deutschen Erfolge allerorts trampfahrig zu verkleinern suchen, davon haben wir recht erweiternde Beispiele erleben können. In frischer Erinnerung ist noch, daß nach dem Falle Rigas die Entente (Presse) schrieb, die Eingänge der Stadt sei ja an sich bedauerlich, aber von einem deutschen Siege könne gar keine Rede sein, denn Riga sei schon seit langem eine „reife Frucht“ gewesen, nach der Deutschland nur habe die Hand ausstrecken brauchen. Für den deutschen Leser, der genau weiß, daß diese Frucht durch die erdrückenden Erfolge Hindenburgs zum Reifen gebracht wurde, ist eine solche Erklärung, an die die Entente wohl selber kaum ernstlich glaubt, recht ergötzlich zu lesen.

Den Vogel aber schießt jetzt Northcliffe's Blatt „Daily Mail“ ab, das in seiner Pariser Ausgabe vom 15. Noobr. schreibt, die italienische Niederlage sei weniger ein Triumph der deutschen militärischen Kunst gewesen, als die Folge geschickter Handhabung aller Kräfte suggestiver deutscher Propaganda. Die braven deutschen und österreichischen Divisionen, die in unwiderstehlichem Ansturm die italienische Front aus den Angeln hoben, werden, wenn der rasche March von Sieg zu Sieg ihnen Zeit lassen sollte, dem Pressegeschwäg der Entente einige Beachtung zu schenken, aus dieser Northcliffe-Meldung nicht ohne Graunen und herzliche Erheiterung erfahren, daß sie an der italienischen Niederlage — eigentlich gar nicht beteiligt waren, daß diese vielmehr die Folge der deutschen Propaganda ist. Uebrigens ein nettes Zeugnis des englischen „Bundesgenossen“ für die italienische Armer, daß sie sich durch deutsche Propaganda habe demoralisieren lassen!

Der müde Clemenceau.

Nach einer Meldung der „Humanite“ vom 21. November erklärte Ministerpräsident Clemenceau einem Interviewer, in den drei Tagen, die er im Amte sei, habe er genug gesehen, um am liebsten wieder zu gehen.

Es ist wohl das erste Mal in der Geschichte, daß ein Regierungschef seine Arbeit mit einem derartigen Geständnis beginnt. Aber vielleicht haben die drei ersten Tage den „Jusqu'aboutissement“ Clemenceau erkennen lassen, daß die Wahrheit hinter dem Vorhang des sorgsam verschleierten Bildes ganz, ganz anders aussieht, als seine Leitartiklerphantasie ihm vorgegaukelt haben mag. Die Ereignisse, die sich seitdem in Italien, Rußland und Flandern abgepielt haben, waren recht geeignet, ihn in seinem Pessimismus zu befestigen.

Kleine Kriegspost.

Haag, 7. Dez. Die deutsche Regierung stellte Holland zum Ertrag seiner am 22. Februar torpedierten Heben Postschiffe sieben andere Dampfer mit 80.000 Tonnen Gehalt zur Verfügung, wodurch dieser Zwischenfall erledigt ist.

Basel, 7. Dez. Clemenceau erklärt, daß General Foch, den die Franzosen zum Generalissimo der Entente ernannt sehen wollten, nicht mehr im allgemeinen Kriegsrat mitarbeiten werde.

Bern, 7. Dez. Die Züricher Polizei hat vier Studenten wegen Nachrichtenendienstes zugunsten der Entente verhaftet.

Genf, 7. Dez. Der ehemalige italienische Generalissimo Cadorna hat in Versailles auf fünf Jahre ein Haus gemietet. Der interalliierte Kriegsrat „Verfallens“ scheint also noch mit einer langen Kriegsdauer zu rechnen.

Die preussischen Wahlrechtskämpfe.

(3. Tag.) **Bk. Berlin, 7. Dezember.**
Noch immer ist die Wahlrechtsauseinandersetzung in der zweiten preussischen Kammer unverminderte Anziehungskraft auf Abgeordnete und Zuhörer aus. Haus und Tribünen sind wieder gut besetzt.

— Die Zeit erweilt,
Ob's bricht, ob's hält,
Was stark ist, siegt,
Was schwach ist, fällt.

Gösta Flinckh.

Erklärung der Konservativen.

Der konservative Abgeordnete v. d. Osten kam zunächst zum Wort und leitete seine Rede mit einer feierlichen Erklärung gegen die zweite Rede des Ministerpräsidenten Graf Hertling am ersten Tage der Beratung ein. In der Erklärung heißt es:

Abg. Dr. v. Dendeband hat vorgestern namens seiner politischen Freunde den schwersten Bedenken Ausdruck gegeben, die wir bei voller Würdigung der uns gegebenen Erklärungen des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten dahin zu erheben haben, daß er geglaubt hat, seine Ernennung zu diesen Ämtern nicht annehmen zu können, ohne vorher die Zustimmung der Reichstagsparteien des Reichstages dazu und die Vereinbarung eines festen Programms sachlicher und persönlicher Bedingungen herbeizuführen. Der Ministerpräsident legte in seiner Erwiderung Wert auf die Feststellung, daß er sich nicht auf ein Programm festgelegt habe, das seinen eigenen von ihm mitgebrachten Anschauungen nicht entsprochen hätte; die Tatsache selbst aber, daß vor seiner und seiner beiden Vertreter Ernennung ein festes Programm vereinbart worden ist, verneinte er nicht. (Die Erklärung geht hier im einzelnen auf die bekannten Vorgänge ein.) So große Bedeutung wir den vorgestrichenen Erklärungen des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten über seine monarchischen und föderativen Grundzüge beilegen, so können wir doch die Bedenken gegen das bei seiner Ernennung und der seiner Vertreter eingeschlagene Verfahren zu unserm Bedauern nicht aufgeben, weil wir darin eine Einschränkung der durch die Verfassung gewährleisteten Entscheidungsfreiheit des Deutschen Kaisers und preussischen Königs erblicken müssen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich der Redner gegen Dr. Friedberg und besonders ausführlich gegen Dr. Bachtold und den Unabhängigen Ströbel. Aus Bismarcks Gedanken und Erinnerungen verlas er mehrere Ausprüche des ersten Kanzlers, um zu beweisen, daß Bismarck in den letzten Jahren seines Lebens über das Reichstagswahlrecht ganz anders gedacht hat als im Jahre 1867. Allseitige Zustimmung fand der Teil seiner Rede, in dem er sich gegen die neuesten Wilsonschen Unversämlichkeiten wandte. Dann ging der Redner auf die Vorlagen selbst ein und nahm zu ihnen sachlich ebenso wie Herr v. Dendeband, nur viel ausführlicher in den Einzelheiten, gegen ein gleiches Wahlrecht Stellung.

Die anderen Parteien.

Der Sozialdemokrat Abg. Strich begann mit einer Bolemit gegen den Abg. v. d. Osten und gab weiter der Genehmigung darüber Ausdruck, daß nach den Erfahrungen des Krieges keine einzige Partei mehr wage, offen für die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts einzutreten. Andererseits hätten nach nicht alle Parteien den Mut gefunden, das gleiche Wahlrecht zu fordern. Hoffentlich gelinge es der Geschicklichkeit der Regierung, trotz der im Augenblick wenig günstigen Aussichten eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zu gewinnen. In der Beurteilung der Reformvorlagen selbst gab der sozialdemokratische Redner in vielen Punkten dem unabhängigen Sozialdemokraten Ströbel recht, rügte aber in der Gesamtbewertung von ihm ab. Er lehnte die Behauptung, daß die Vorlagen nur Süd- und Mitteldeutschland als unzureichend ab, erkannte vielmehr an, daß es die weitgehende Wahlrechtsvorlage ist, die bisher dem Landtag vorgelegt worden ist.

Als letzter Redner sprach der nationalliberale Abg. Dr. Schifferer. Er nahm bei dieser Schlußrede für die weitere Entwicklung Breunens für jeden Abgeordneten das Recht in Anspruch, von parteipolitischen Gesichtspunkten zur Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen. Im übrigen machte er polemische Ausführungen gegen rechts und links und trat mit großer Wärme für eine Vertretung der Arbeiterschaft im Herrenhaufe ein.

Morgen fällt die Sitzung wegen des katholischen Feiertages aus, Montag Wetterberatung.

Vom Tage.

Eine „Friedensstrafe“ in Petersburg.

Als der Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen in Petersburg bekannt wurde, fanden große Kundgebungen für den Frieden statt. Das Petersburger Blatt „Dien“ berichtet, daß der Newskiprospekt, die Haupt- und Hauptstraße der Stadt, in „Friedensprospekt“ umgetauft werden soll.

Lloyd George hat die Diplomaten-Krankheit.

In diesen Tagen sollte in London ein Festessen stattfinden, bei dem Ministerpräsident Lloyd George sich über den bekannten Brief Lord Lansdownes und die Kriegsziele auszusprechen sollte. Leider ist Lloyd George plötzlich etwas erkrankt, und das Essen mußte um eine Woche verschoben werden. Zu gleicher Zeit veröffentlicht „Daily News“ einen Brief, unterzeichnet Brinkley Johnson; in diesem Brief wird gesagt, wenn eine Zustimmungsadresse an Lansdownes Brief angelegt würde, unterschrieben sich Millionen einseitiger Frauen und Männer im Lande. Wilson und andere hätten gesagt, man werde nur mit dem Volke Deutschlands verhandeln. Da aber die englische Regierung nicht verfassungsmäßige Wege ginge, könne vielleicht Deutschland gar keine Möglichkeit haben, mit dem Volke Englands zu verhandeln.

Sollte nicht ein kleiner Zusammenhang zwischen Lloyd Georges Erkrankung und dieser Stimmung im Lande bestehen?

Die Amerikaner richten sich in Frankreich ein.

Den Franzosen wird angst und bange vor der Überflutung ihres Landes mit lauter Bundesgenossen. Erst heißen sich die Engländer so fest, als wenn sie nie wieder zu gehen beabsichtigten. Dann kommen die Amerikaner, um das Beispiel nachahmen zu wollen. Schon wagen sich in der Presse, so im „Journal des Débats“, Anspielungen auf eigenmächtige Kriegsziele einzelner verbündeter Staaten hervor. In den Provinzen herrscht Unzufriedenheit über amerikanische Bahnbauten, die nicht nur militärischen Zwecken dienen, sondern, wie die Linien Paris—Bordeaux und Cherbourg—Paris, den bestehenden französischen Linien jede Konkurrenz unmöglich machen, da infolge rückwärts-Lofer Enteignung bei der Anlage der amerikanischen Linien dieselben viel kürzer und ökonomischer sind, als die französischen.

Nach dem Kriege wird daher eine völlige amerikanische Kontrolle des französischen Bahnnetzes befürchtet und immer nachdrücklicher wird das Sprichwort laut: „Gott bewahre uns vor unseren Freunden.“

Die Kriegsziele des Dollars.

Aus Madrid wird gemeldet, daß in La Coruna eine Sonderaktion wirtschaftlichen Charakters für

Spanien aus den Vereinigten Staaten eingetroffen ist. Die Gesandtschaft soll die spanische Regierung bewegen, die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder enger zu knüpfen. Die Amerikaner wollen in spanischen Häfen Schiffswerften errichten und bieten eine Anleihe dar zum Ankauf amerikanischer Maschinen.

Wilson sagt öffentlich, er kämpfe für Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Unter der Hand schickt er Getreue aus, die versuchen sollen, europäische Staaten in die Notmäßigkeit der New Yorker Wallstreet-Williardiäre als Ausbeutungsgesellschaft zu bringen.

Wenn nur nichts herauskommt . . .

Aus Paris wird berichtet, in dortigen diplomatischen Kreisen werde mit Befriedigung festgestellt, daß die die Entente am meisten bloßstellenden Geheimverträge von der russischen Regierung nicht veröffentlicht worden sind. Man hofft, daß diese aus den Jahren 1911 und 1912 stammenden Verträge, in denen die Bekämpfung Deutschlands und Österreich-Ungarns vorgezogen ist, auf Veranlassung des englischen Botschafters Buchanan von den Beamten der alten Regierung rechtzeitig entfernt werden konnten.

Das ist die altbergrachte Art aller Spitzbuben. Wenn nur nichts herauskommt, bleibt man ein ehrlicher Mann.

Wenn Italien den Krieg fortsetzt . . .

Im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen kam Graf Czernin auf eine Anfrage des Grafen Karoly auch auf Italien zu sprechen. Dabei führte er aus:

Wenn Italien den Krieg mutwillig fortsetzt, so wird es später einen schlechteren Frieden bekommen. Das sind wie den Truppen und dem Hinterlande schuldig.

Und zum Schluß erklärte der Ministerpräsident mit Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker: Ich rebe nicht an, zu erklären, daß ich jede äußere Einflüsse auf die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse mit aller Entschiedenheit ablehne und es umgekehrt ablehnen muß, wenn der Gedanke auftaucht, daß gewisse innerstaatliche Fragen eine internationale Lösung erfahren können. Innerhalb der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie bestehen für die einzelnen Nationalitäten durch verfassungsmäßige Einrichtungen gleichfalls alle Möglichkeiten zur Regelung ihrer Beziehungen. Andere Lösungsmöglichkeiten anzuerkennen, bin ich außerstande.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

+ Eine allgemeine Erhöhung der Personentaxen soll mit dem 1. April 1918 neben der vom 15. Dezember ab gültigen reinen 100 % igen Schnellzugsteuerung zur Einführung gelangen. Die neuen Tarife bewegen sich auf Grund einer allgemeinen deutschen Personentaxenreform, in folgender Staffelung: Für Personenzüge beträgt der Fahrpreis pro Kilometer: in der ersten Klasse 9 Pf., in der zweiten Klasse 5,7, in der dritten Klasse 3,7, in der vierten Klasse 2,4 Pf. Dazu kommen noch die Schnellzugzuschläge ab 1. April: bei 1 bis 75 Kilometer für erster und zweiter Klasse 1 Mark, für dritter Klasse 0,50 Mark; bei 76 bis 150 Kilometer für erster und zweiter Klasse 2, für dritter Klasse 1 Mark; bei 151 bis 350 für erster und zweiter Klasse 3 Mark, für dritter Klasse 1,50; über 350 Kilometer für erster und zweiter Klasse 4 Mark, für dritter Klasse 2 Mark. Aus der Scala geht schon hervor, daß auch Bayern und Baden für den 1. April die Einführung der vierten Wagenklasse beschlossen haben. Der am 15. Dezember eintretende hundertprozentige Schnellzugzuschlag dürfte voraussichtlich nur bis zur Einführung der neuen Tarife, also bis 31. März, bestehen bleiben.

Norwegen.

* Eine Waffenruhe in den Weihnachtstagen will der in Kristiania tagende 10. nordische Friedenskongress herbeiführen. Er will sich zu diesem Zweck an die Friedensvereine der verschiedenen Länder wenden, damit sie telegraphisch bei den Kriegführenden um Waffenruhe für die Festtage bitten. Der Kongress nahm ferner einen Antrag an, den nordischen Friedensvereinigungen die Erhebung anheim zu geben, ob nicht der 1. März 1918 ein solches sei, eine Friedenskonferenz nach Stockholm einzuberufen.

Frankreich.

* Allgemein melden sich die Widersacher des Kabinetts Clemenceau zum Wort. So ist ein Interpellationsantrag von der äußersten Linken eingebracht worden, der u. a. sagt, Clemenceau scheine zunächst Krieg gegen Frankreich zu führen. Es wird Beschwerde wegen der Massenverhaftungen erhoben und der Regierung die völlige Aufhebung der Freiheit vorgeworfen. Eine einzige Tatsache, nämlich die Absetzung und Einreihung eines Syndikatssekretärs ins Meer habe zur Folge gehabt, daß im Volkegebiet allein über 100.000 Arbeiter streikten. Um diese Freiheit zu zerstören, lasse Clemenceau 100.000 Arbeiter aus für die Landesverteidigung arbeitenden Fabriken feiern. Clemenceau gehe gegen Frauen und 17jährige Kinder, gegen Leute, die sich nicht verteidigen könnten, vor. Die Beprednung der Interpellation soll am Freitag in der Kammer stattfinden.

Rußland.

* Aber die Ansichten auf allgemeine Friedensverhandlungen urteilt die Petersburger Regierung sehr zuverichtlich. Trotski erklärte im Arbeiter- und Soldatenrat, nach dem Waffenstillstand würden sofort Friedensverhandlungen aufgenommen. Ihr Beginn sei noch in diesem Monat zu erwarten. Er kündigte ferner an, daß es den von der Front zurückkehrenden Soldaten gestattet werden wird, ihre Waffen zu behalten, „zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen gegen die Bourgeoisie“. In scharfen Worten wandte sich Trotski gegen die Verhinderung von Entente, Kreise des Volkes gegen die Regierung aufzureizen; die Folgen würde die Entente zu tragen haben.

Neueste Meldungen.

Der Rumänenkönig gelobt Treue.

London, 7. Dez. Eine Abordnung des amerikanischen Roten Kreuzes, welche aus Rumänien zurückkehrte, bringt die Nachricht von König Ferdinand an Präsident Wilson mit, daß Rumänien niemals einen Sonderfrieden schließen würde. (Schluß)

Satzbefehl gegen Esazonow.

Genf, 7. Dez. Nach einer Pariser Meldung ist auch gegen den früheren russischen Minister des Auswärtigen Esazonow ein Satzbefehl erlassen worden, weil ein ge-